

An den Direktor der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragten über den Geschäftsführer der Kreisstelle als Landesbeauftragten im Kreise	Betreff <input type="checkbox"/> Förderung von baulichen Maßnahmen in Altgehöften , Aussiedlungen, Teil- und Betriebszweigaussiedlungen in der Landwirtschaft (EFP) ¹⁾ Bezug Runderlaß des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 5. 8. 1986 Betreff <input type="checkbox"/> Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des Agrarkreditprogramms (AKP) ¹⁾ Bezug Runderlaß des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 24. 3. 1986 Betriebs-Nr. _____ _____ (Bewilligungsbehörde) _____ Aktenzeichen _____	
Antrag auf Gewährung einer Zuwendung		
1 Antragsteller		
Antragsteller	Name, Vorname	geb. am
Ehefrau	Name, Vorname	geb. am
Haupt- und Nebenberuf	Berufsausbildung des Antragstellers	
Alter der Kinder	Hofnachfolger/in	geb. am
		Berufsausbildung
Postleitzahl	Ort/Kreis	Straße/Telefon
D DBS/DGL	D LEG	
Betreuer		
Bearbeitungsstelle/Postleitzahl/Ort	Straße/Telefon	Bearbeiter
Bankverbindung:	KontoNr.	Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstituts	

1.1 Erklärungen des Antragstellers zum Betrieb ¹⁾
1.1.1 D Ich bin selbstwirtschaftender landwirtschaftlicher Unternehmer und

D Haupterwerbslandwirt im Sinne der Nummer 3.1 der Richtlinien,

D Nebenerwerbslandwirt,
D als Alleinunternehmer **seit dem ²⁾**

(Monat, Jahr)

D als Mitunternehmer mit
seit dem ²⁾

(Monat, Jahr)

D Ich bin Junglandwirt und habe mich innerhalb von 5 Jahren vor der Antragstellung, nämlich am erstmals hauptberuflich als Alleinunternehmer oder Mitunternehmer nur mit meinem Ehegatten oder einem bzw. mehreren anderen Junglandwirten **niedergelassen ³⁾**.

¹⁾ Zutreffendes **ankreuzen**.

²⁾ Das **Datum** ist nur im Falle einer Förderung im Rahmen einer Kooperation einzutragen.

³⁾ Nur ausfüllen bei Junglandwirten.

7861

- 1.1.2 Der/die zur Förderung anstehende(n) Betrieb/Betriebsteile wird/werden nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) zugerechnet
 D der Land- und Forstwirtschaft
 D dem Gewerbe, und zwar folgende **Betriebsteile**:
- 1.13 D Der Betrieb ist ein Grünlandbetrieb.
- 1.13.1 D Der Betrieb liegt im benachteiligten Gebiet.
- 1.1.3.2 D Die Baumaßnahme betrifft grünlandbezogene Tierhaltungszweige.
- 1.1.3.3 Der Viehbesatz des Betriebes liegt im Zieljahr
 D nicht über 2,5 Großvieheinheiten je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche,
 D über 2,5 Großvieheinheiten je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche.
- 1.1.4 D Ich wirtschafte überwiegend auf gepachteten Flächen.
- 1.1.5 D Ich bin **Verpächter** des Betriebes.
- 1.1.6 D Der Betrieb ist ein Gewerbebetrieb kraft Rechtsform, wird als Haupterwerb betrieben und weist die Merkmale eines landwirtschaftlichen Betriebs **auf**.
- 1.1.7 D Der Betrieb wird von einer Körperschaft (mit Ausnahme von Gebietskörperschaften), Personenvereinigung oder Vermögensmasse bewirtschaftet, die unmittelbar kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgt (Nr. 1.2 ist in diesem Fall nicht auszufüllen).
- 1.13 D Die Maßnahme wird im Rahmen einer Kooperation durchgeführt. Das Vertragsverhältnis und die Beteiligung an der Kooperation ergeben sich aus den beigegeführten Anlagen.
- 1.10 Bei Aussiedlungen:
 D Mittel des sozialen Wohnungsbaues werden für das Wohnhaus in Anspruch genommen
☐ nicht in Anspruch genommen.
- 1.2 Erklärungen des Antragstellers zu den **Einkünften** *)
- 12.1 Ich werde zur Einkommensteuer veranlagt
 Meine positiven Einkünfte und die meines von mir nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten betragen im Durchschnitt
- | | | |
|--|----------|------------------------------------|
| | | davon außer-
landwirtschaftlich |
| - nach den letzten
drei Steuerbescheiden | DM | DM |
| - nach dem letzten
Steuerbescheid | DM | DM |
- 122 Ich werde nicht zur Einkommensteuer veranlagt und erkläre meine Einkünfte und die meines von mir nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten wie folgt:

	Einkünfte *)	
	positive	
	des Antragstellers DM	des Ehegatten DM
aus Land- und Forstwirtschaft		
aus Gewerbebetrieb		
aus selbständiger Arbeit		
aus nichtselbständiger Arbeit		
aus Kapitalvermögen		
aus Vermietung und Verpachtung		
sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG		
Summe der positiven Einkünfte		

*) Die Unterlagen (Steuerbescheide, **Nichtveranlagungsbescheinigung**) sind dem Bearbeiter vorzulegen.

7861

2	Maßnahme			
	Bezeichnung			
	Durchführungszeitraum von bis			
3	Gesamtkosten (vgl. auch Blatt 3 des Betriebsverbesserungsplans)			
	Lt beiliegendem Kostenvoranschlag DM			
	Beantragte Zuwendung			
	1. Zuschuß (Grundzuschuß) DM 2. Zuschuß für Junglandwirte DM 3. Darlehen DM 4. Zuschuß (zu den Baukosten bei grünland- bezogener Tierhaltung) DM 5. Zuschuß zu den Kosten der Erschließung DM 6. Betreuergebühren DM			
4	Finanzierungsplan			
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit der Darlehen, Zuschüsse			
	19 DM	19 DM	19 DM	19 DM
4.1	Gesamtkosten			
42	Eigenleistung			
42.1	Bare Eigenleistung			
42.2	Unbare Eigenleistung			
43	Althofstellenerlös			
4.4	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
4.5	Beantragter Zuschuß (Grundzuschuß)			
4.6	Beantragter Zuschuß für Junglandwirte			
4.7	Beantragtes Darlehen			
4.8	Beantragter Zuschuß zu den Baukosten bei grünland- bezogener Tierhaltung			
4.9	Beantragter Zuschuß zu den Kosten der Erschließung			
5	Beantragte Förderung			
	Summe (4.2-4.9)			

786t

6 Erklärungen

6.1 Für den Betrieb habe ich oder hat mein Rechtsvorgänger in den letzten 6 Jahren bereits für weitere Maßnahmen Zuwendungen erhalten (z.B. bauliche Maßnahmen im Altgehöft, Zinsverbilligung, Agrarkreditprogramm, Nichtvermarktungs- und Umstellungsprämie)

D nach den Richtlinien für das Agrarkreditprogramm

D nach den Richtlinien vom 26. 3. 1986 für das EFP

D nach den Richtlinien vom 5. 8. 1986 für das EFP

D nach den Landesrichtlinien vom 30. 6. 1977 bzw. 27. 7. 1978 (Nichtvermarktungs- und Umstellungsprämie)

Aktenzeichen und EG-Nummer von bisherigen Bewilligungen:

62 Ich **bin/Wir** sind damit einverstanden, daß

62.1 die Betreuergebühren auf ein Konto des Betreuers überwiesen werden ⁵⁾,

62.2 die Bewilligungsbehörde eine Stellungnahme des Gutachterausschusses einholt und den Mitgliedern dieses Ausschusses die für eine Stellungnahme notwendigen Daten zur Beurteilung des Antrages **mitteilt**⁵⁾,

62.3 die Buchführungsdaten des Betriebes **anonymisiert** für eine betriebswirtschaftliche Auswertung verwendet werden ⁵⁾,

62.4 die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Betriebes zur Entscheidung über diesen Antrag beziehen kann,

62.5 die Angaben im und zum Antrag an die zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EG übermittelt werden können,

62.6 die **Angaben** zur Person und zur Sache zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.

6.3 Der/Die Antragsteller erklärt/erklären, daß

63.1 ich/wir auf die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses zu Nrn. 62.2 bis 62.6 sowie über dessen **Widerrufbarkeit** belehrt worden bin/sind,

63.2 bekannt ist, daß die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des **Verwaltungsverfahrensgesetzes** des Landes Nordrhein-Westfalen (SGV. NW. 2010) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschußgewährung dient und daß eine Berücksichtigung nur möglich **ist**, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck enthalten sind,

63.3 bekannt ist, daß der Zuwendungsbescheid erlischt, wenn ich/wir nicht innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Bewilligungsbescheides mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen **begonnen habe(n)**,

63.4 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht **begonnen** wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der Ausführung zuzurechnenden **Lieferungs-** oder Leistungsvertrages zu werten,

63.5 die Maßnahmen nicht im Zusammenhang oder in Verbindung mit Investitionen durchgeführt werden die nach anderen Bestimmungen gefördert werden oder für die eine Förderung beantragt wird (außer nach den Richtlinien **über die** Gewährung von Zuwendungen an Junglandwirte für die erstmalige Niederlassung in einem landwirtschaftlichen Betrieb und nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen zur umweltfreundlichen Produktion in der Landwirtschaft und im Gartenbau),

63.6 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind und **bekannt** ist daß alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, substantiell erheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, 1. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (**Landessubventionsgesetz**) vom 24. März 1977 (SGV. NW. 74) sind,

63.7 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können, daß ich/wir oder mein/unser Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die geforderten Investitionen bezeichnen und es zu diesen begleiten werde(n) und erkläre(n), daß ich/wir ihnen das **Betretungsrecht** und das Recht auf eine angemessene Verweildauer auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen betriebswirtschaftlichen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen werde/werden,

63.8 im Falle einer Förderung im Rahmen einer Kooperation in Form der Vollfusion der Betrieb bei Antragstellung mindestens 1 Jahr zuvor als eigenständiges Unternehmen bewirtschaftet worden **ist**,

63.9 ich mich/wir uns **verpflichte(n)**, im Falle einer Förderung nach dem Agrarkreditprogramm außerplanmäßige Tilgungen des Darlehens, für das ich/wir einen Zinszuschuß **erhalte(n)**, der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitzuteilen und die Differenz zum zeitanteilig zu kürzenden Zinszuschuß zurückzuzahlen,

63.10 der Bewilligungsbehörde innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides mitgeteilt wird, ob mit der zu fördernden Maßnahme in wesentlichen Teilen begonnen worden ist,

63.11 die wasserrechtliche Genehmigung im Falle einer Frostschtz berechnungsanlage bzw. der Nachweis über die Bezugsmöglichkeit aus dem öffentlichen Wasserversorgungsnetz vorliegt.

5) Gilt nur im Falle einer Förderung nach den Richtlinien des EFP.

7861

7 Anlagen

1. D **Betriebsverbesserungsplan**
2. D Bestätigung über das Vorliegen eines erheblichen **öffentlichen** Interesses (bei Aussiedlungen)
3. D Berechnung der Lagerkapazität für tierische Exkremente und Nährstoffbilanzierung bei Überschreiten der Großvieheinheitengrenzen von 2,5 GV/ha LF
4. D Nachweis über Nutzungsverhältnisse von angemessener Dauer (z.B. Pachtverträge)
5. D wasserrechtliche Genehmigung oder Bezugsnachweis der öffentlichen Wasserversorgung für Frostschutzberechnungsanlagen
6. D Verpflichtungserklärung und Bescheinigung zur Buchführung (nach Vordruck)
7. D Einkommensteuerbescheide
8. D Wenn eine Veranlagung nicht durchgeführt wird, eine Bescheinigung des zuständigen Finanzamtes
9. D Kooperationsvertrag
10. D Aufstellung über die Beteiligten an der Kooperation
11. O Betreuervertrag (Kopie)
12. D Ermittlung der Großvieheinheiten je ha Gesamtfutteranbaufläche
13. O Baurechtliche Genehmigung

.....
Ort/Datum.....
Unterschrift des Antragstellers**Erklärung des Ehegatten**

Ich bestätige die Richtigkeit **und** Vollständigkeit der Angaben über meine Einkünfte und bin mit der Verwendung dieser Angaben im Rahmen des Antragsverfahrens einverstanden.

.....
Ort/Datum.....
Unterschrift des Ehegatten**Erklärung des Betreuers**

Der Antrag enthält die für seine Beurteilung erforderlichen Angaben und entspricht den Bestimmungen.

.....
Ort/Datum.....
Unterschrift des Betreuers